

# Migration und Demokratie

Nation, Staatsbürgerschaft und politische Beteiligung

Dialogforum DUK

4 August 2001

Rainer Bauböck, EUI Florenz

# Fragen zu Migration und Demokratie

- Öffentliche Meinung
  - Einstellungen der BürgerInnen zu Migration
- Politikprozesse
  - Migration als Thema im demokratischen Wettbewerb (migration politics)
  - Migrationssteuerung als Output demokratischer Entscheidungsverfahren (migration policies)
  - Rechtsstaatliche Beschränkungen demokratischer Entscheidungsspielräume
- Migration und Staatsbürgerschaft
  - vorrangige Frage, in wessen Namen Migrationspolitik gemacht wird
  - Zugehörigkeit zum Staatsvolk bedeutet
    - Ausnahme von Einwanderungskontrolle
    - Recht auf politische Beteiligung

# Übersicht

1. Geographische Mobilität und Migration
2. Territoriale und personale Grenzen
3. Staatsbürgerschaft und Bewegungsfreiheit
4. Prinzipien für demokratische Inklusion
5. Wohnbürgerschaft und Staatsbürgerschaft:  
ein Mehrebenenmodell
6. Politische Beteiligung von Immigranten und Emigranten

# 1. Mobilität und Migration

- geographische Mobilität als Bewegung in der Raumzeit
- Migration als Überschreitung territorialer Grenzen
- UNPD Definition internationaler Migration
  - mehr als 1 Jahr Aufenthalt außerhalb des Geburtslandes, ca. 4% der Weltbevölkerung
  - Binnen-, zirkuläre, Rückkehrmigration bleiben “unsichtbar”
- Wahrnehmung und Messung von Migration hängt von territorialen Grenzen ab
  - je kleiner die territoriale Einheit, umso mehr Migration
  - Grenzverschiebungen erzeugen “Migration” ohne Mobilität

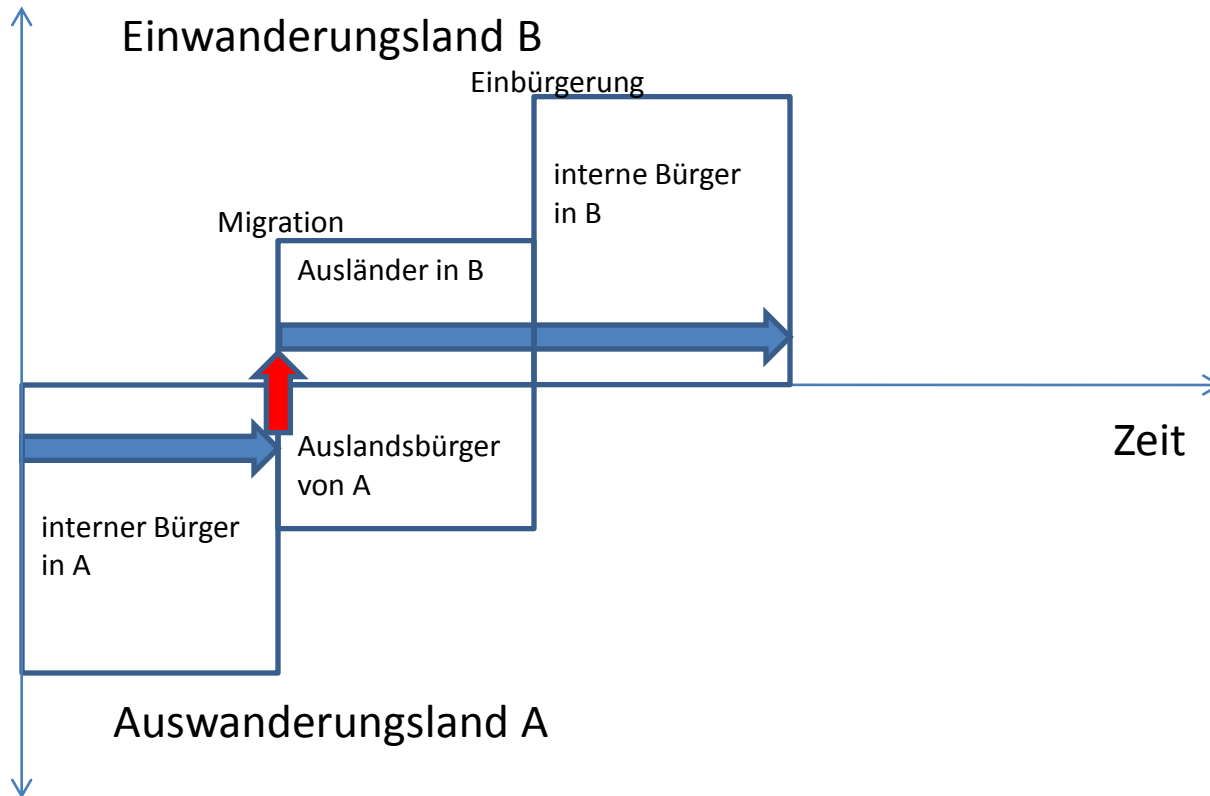
## 2. Territoriale und Personale Grenzen

- im internationalen Staatensystem
  - keine überlappenden Territorialhoheiten
  - aber “klebrige” Staatsbürgerschaft:  
Migration erzeugt AusländerInnen im Inland und AuslandsbürgerInnen im Ausland
- Demokratische Grundnorm gleicher Bürgerrechte wird doppelt differenziert
  - für ausländische Wohnbevölkerung
  - für AuslandsbürgerInnen
- Staatsbürgerschaft schafft individuelle Bewegungsfreiheit durch Recht auf Rückkehr

# 3. Staatsbürgerschaft und Bewegungsfreiheit

Diagramm 1: Einwanderung, Niederlassung, Einbürgerung

Wert der Staatsbürgerschaft



Wert der Staatsbürgerschaft

# Diagramm 2: Wohnbürgerschaft, Doppelstaatsbürgerschaft und Bewegungsfreiheit

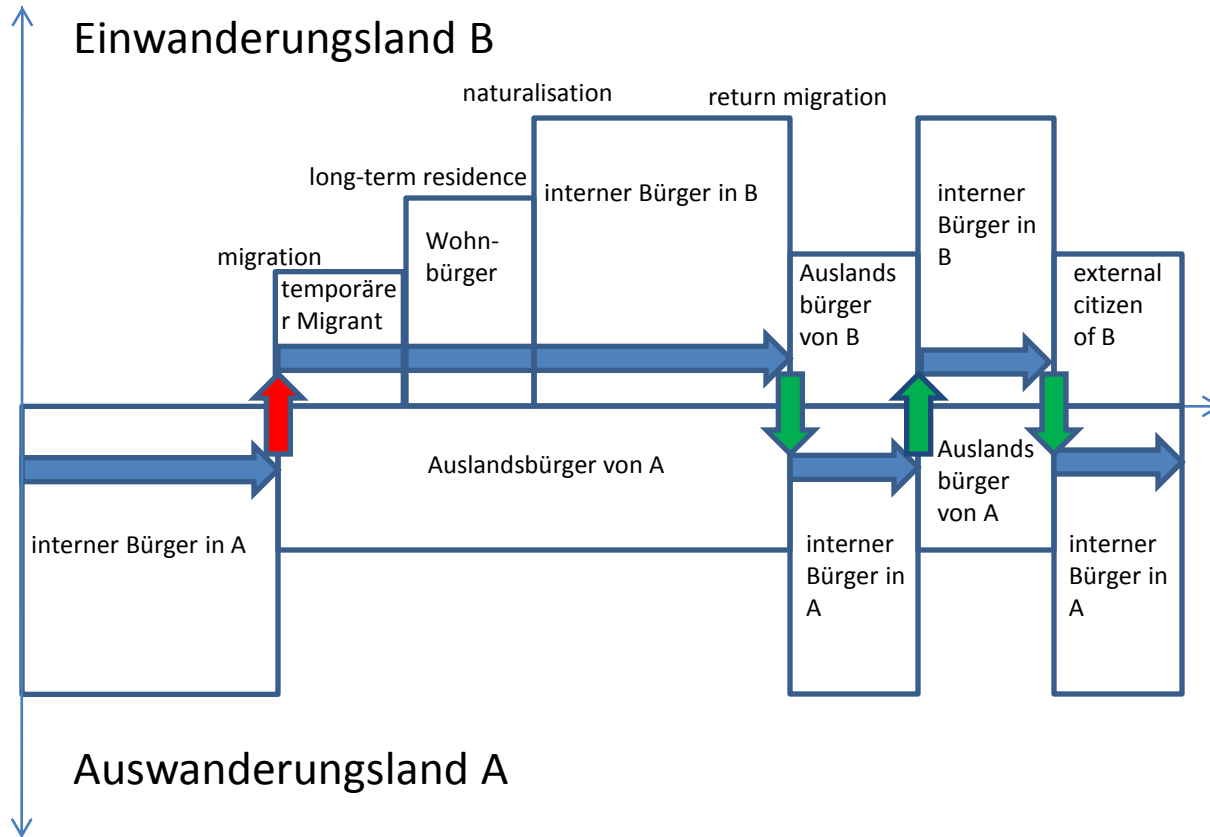


Figure 3: circulatory migration of third country nationals#

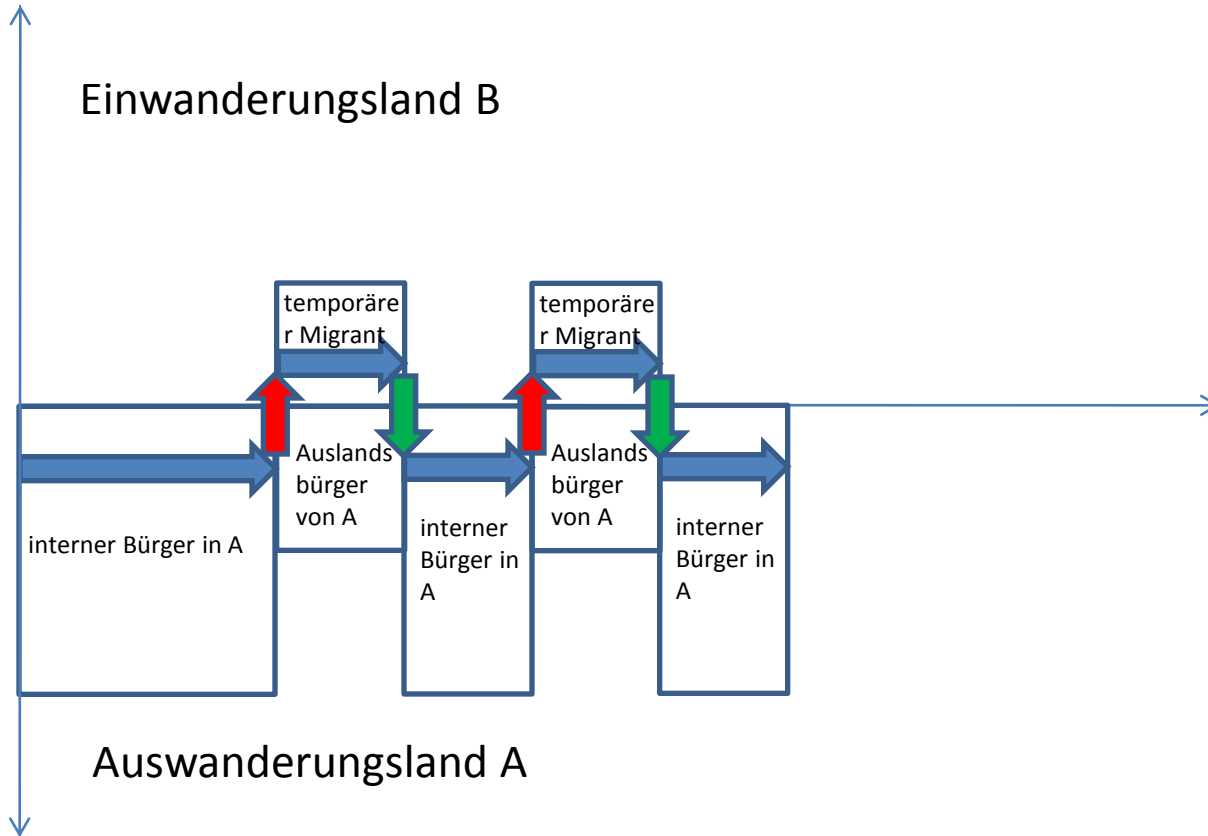
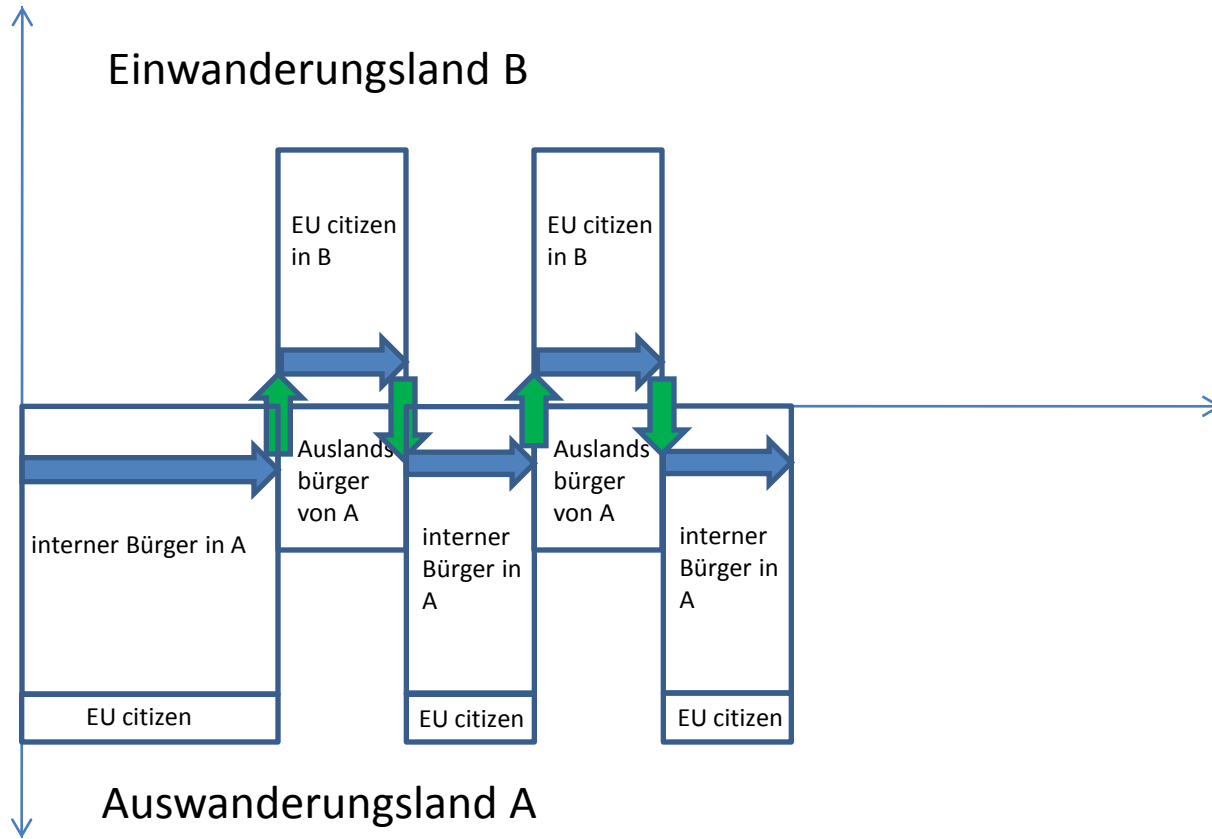




Figure 4: Free movement of EU citizens



# 4. Demokratische Inklusion

- Wer hat Anspruch auf Staatsbürgerschaft?
- vor- und postpolitische Prinzipien
  - Nationszugehörige
  - historische Kontingenz
- politische Prinzipien
  - freiwillige Vereinigung
  - alle betroffenen Interessen
  - alle Rechtsunterworfenen oder -adressaten

# Stakeholderprinzip

- Einschluss jener und nur jener, deren individuelle Interessen an Freiheit und Wohlergehen mit den kollektiven Interessen an Selbstregierung und Gemeinwohl verknüpft sind
- begründet ein objektives Interesse an Mitgliedschaft in einem bestimmten Gemeinwesen und nicht an bestimmten politischen Entscheidungen
- erzeugt Input-Legitimität demokratischer Herrschaft vor der Frage nach Output-Legitimität
- kompatibel mit repräsentativer Demokratie, in der BürgerInnen RepräsentantInnen zur Gesetzgebung ermächtigen

# 5. Zwei Modelle politischer Gemeinschaft

- Aufenthaltsgemeinschaft
  - Bürgerschaftsstatus wird automatisch erworben mit Einwanderung und verloren mit Auswanderung (*ius domicilii*)
  - Stakeholder sind Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen
  - offene und kongruente territoriale und personale Grenzen
  - schwache Solidaritätsressourcen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit
- Intergenerationale Gemeinschaft
  - lebenslanger Bürgerschaftsstatus wird erworben bei Geburt (*iure sanguinis* oder *iure soli*);  
Ein- und Ausbürgerung nicht automatisch sondern auf Antrag
  - Stakeholder sind Personen mit genuiner biographischer Bindung
  - inkongruente territoriale und personale Grenzen
  - relativ starke Ressourcen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit

# Ein Mehrebenenmodell

- Einbettung von substaatlichen Aufenthaltsgemeinschaften in intergenerationale staatliche Gemeinschaften
  - offene territoriale Binnengrenzen
  - inklusive Wohnbürgerschaft auch für Nichtstaatsbürger
  - Binnensolidarität innerhalb des Staates als Resource für lokale Demokratie
- Einbettung von staatlichen in suprastaatliche Gemeinschaften mit abgeleiteter Bürgerschaft
  - offene Binnengrenzen zwischen Staaten
  - kombinierte Bürgerschaft mit substaatlichen, staatlichen und suprastaatlichen Elementen
  - differenziert für FCNs, SCNs, TCNs und EEUCs

# 6. Ansprüche auf Zugang zu Bürgerschaft und Wahlrechten in der EU

- Koordinierung des Zugangs zu Staats- und Unionsbürgerschaft zwischen den MS
- Einbürgerungsansprüche für Immigranten und ius soli für 2. Generation
- externe Wahlrechte für Emigranten in Drittstaaten beschränkt auf 1. Generation
- kommunales Wahlrecht für TCNs
- externe Wahlrechte für SCNs in nationalen Wahlen

# Schlussfolgerungen

- Demokratiemodell geschlossener Nationalstaaten mit einheitlicher Staatsbürgerschaft taugt nur mehr für symbolische Abwehrpolitik gegen Migration
- Einschluss von MigrantInnen erfordert vertikale und horizontale Differenzierung von Bürgerschaft
- Bezugspunkt für demokratische Inklusion und Solidarität bleiben jedoch territoriale Gemeinwesen mit weitgehend sesshafter Bevölkerung.
- In hypermobilen Gesellschaften würde intergenerationales Modell der Staatsbürgerschaft durch reines Aufenthaltsmodell verdrängt . Die Frage nach Ressourcen für demokratische Solidarität müsste dann neu beantwortet werden.